

Volksblatt

Kreisblatt des
Landratsamtes,
von Bürgermeister
und Räten
des Kreises Borken.
Organ
der Zentrumspartei

Geschäftsbereich:
Bocholt, Borken, I.
Juni 1927 und 27.
Hede: J. Heineke.
Unholt: W. Heineke.
Berth: Th. Heineke.
Verlagsort:
Dortmund 1.

Nummer 113

Dienstag, den 26. April

Jahrgang 1927

Die Demokraten.

Keine der nichtsozialistischen Parteien in Deutschland ist bei den Wahlen der letzten Jahre so schlecht gefahren wie die Deutsche Demokratische Partei. Dabei verfügt sie über eine sehr ansehnliche Presse. Die demokratischen Blätter in Berlin und Frankfurt marschieren ihrer Auflagenziffer nach an der Spitze der deutschen Zeitungen, und außer diesen reinen Parteiblättern läßt sich auch noch der größte Teil der Generalanleger der Verbreitung politischer Ideen im Sinne der Demokratischen Partei angeschlossen. Trotzdem ist ihr der politische Erfolg in den letzten Jahren verfallen geblieben. Alle Wahlen, die denen der Demokraten vor Augen geführt, daß es mit ihnen nicht anders geht. Nun aber haben sie sich von der Regierungsmehrheit in der Reichsversammlung getrennt, und ganz offensichtlich erhoffen sie von ihrer jetzigen Oppositionstellung, daß sie zum Blühen ihres Zweiges erheblich beitragen werde. Sie haben den Wahlkampf für 1928 bereits eröffnet, und ihr Leben in Hamburg abgehaltener Parteitag sollte der deutschen Wählererschaft eine Generalübersicht über demokratisches Wesen vermitteln.

Die besten Pferde sind aus dem Stall geholt worden und haben sich in Hamburg produzieren müssen. Die Demokraten haben, wie nicht geleugnet werden kann, manchen fähigen Kopf in ihren Reihen, aber die Partei leidet darunter, daß ihr, eingeklemmt zwischen der Sozialdemokratie und Sozialdemokratie, mit jener die liberale Grundeinstellung gemein ist, daß sie aber stets das Gesicht nur nach links gewandt hat und in der Praxis immer mehr der bürgerliche Trabant der Sozialdemokratie geworden ist. Und wenn man dann jetzt die Hamburger Veranstaltung mit ihren Reden und Entschlüsselementen kritisch überprüft, so wird man vergeblich nach etwas Eigenem suchen, das man als besonders charakteristisch für diese Partei hinstellen könnte, und man wird sich dann auch nicht darüber wundern, daß diese Verschwommenheit, die unklare Stellungnahme zu wichtigen politischen Fragen wie z. B. zum Reichsfinanzgesetz, die Entlassung der Justizminister, dazu geführt hat, daß der Parteitag von 131 794 Mitgliedern, die sie Ende 1926 hatte, im Laufe eines Jahres 15 000 den Rücken gekehrt haben, so daß sie nach dem in Hamburg erstatteten Bericht jetzt nur noch 116 873 Mitglieder hat. Sie hat also in einem Jahre mehr als ein Reunelt ihrer Parteitag zahlenden Anhänger verloren, obwohl sie mit dem von der Wirtschaft geleiteten Reichsfinanzminister Dr. Reimold, dem Mann der Steuerentlastungen, paradiert konnte. Wie sehr sie auch heute noch mit ihm Staat zu machen sucht, hat man in Hamburg erlebt. Aber sein Auftreten hat dem kritischen Beobachter doch nicht die Tatsache als belanglos erscheinen lassen können, daß es notwendig war, bei den letzten Reichsberatungen im Reichstag nicht wenig Wasser in den Reichshöfen Wein zu gießen. Es soll keineswegs geleugnet werden, daß Dr. Reimold für den von ihm bekleideten Ministerposten erhebliche Fähigkeiten, mitbrachte, aber ebensoviele kann bestritten werden, daß er in seinem Optimismus zu weit gegangen ist und daß es nicht gerade eine glänzende Hinterlassenschaft ist, die sein Nachfolger Dr. Höpfer hat übernehmen müssen. In den gestrigen hier angeführten Bemerkungen der „Germania“ ist darüber das Notwendige gesagt worden.

Nicht ungeachtet war es von der demokratischen Parteileitung, daß sie eine Ansprache über den großen deutschen Einheitsstaat an den Anfang der Parteitagberatungen setzte. Was aber war es, was der Parteivorstand Dr. Koch schließlich als Ergebnis seiner Untersuchung hinstellte? Keineswegs das, was die radikalen Unitarier wollen, sondern lediglich eine Neugliederung des Reichs, bei der an dem Bestande der mittelgroßen Länder als einer Zwischenverwaltung zwischen Reich und Gemeinden festzuhalten sei. Die Ansprache zeigte dann aber, daß über diese Frage innerhalb der Partei die größten Meinungsverschiedenheiten bestehen. Noch ist der Meinung, daß man die süddeutschen Länder beibehalten lassen soll; Preußen dagegen will er offenbar, da es ja weit mehr als ein mittelgroßes Land ist, aufteilen, während er dem Gedanken, Preußen zum Reichsland zu machen, mit berechtigter Skepsis gegenübersteht. Der frühere Reichsinnenminister Dr. Kili bogen, stellte in einer Reihe von Leitungen die Forderung nach vier Reichsländern auf, und zwar: 1. Reichsland im Norden: Preußen, 2. ein Reichsland Mitteldeutschland, 3. Süddeutschland und 4. Österreich. Damit werde die Vorkherrschaft Preußens verhindert. Der Abgeordnete Dr. G. A. Würzburg behauptete, die süddeutschen Republiken hätten den Wunsch, in dem deutschen Einheitsstaat aufzugehen. Die Politik der süddeutschen Länder beweist freilich gerade das Gegenteil, und Dr. Kommen, einer der folgenden Redner forderte darum auch, daß im Süden die unitaristische Bewegung geschaffen werde. Was erst geschaffen werden muß, dürfte also doch wohl noch nicht vorhanden sein und vermag schließlich schon Wünsche zu äußern. Schließlich hat sich denn der demokratische Parteitag in einer Entschlüsselement zum „dezentralisierten deutschen Einheitsstaat“ bekannt, ohne zu

sagen, wie er sich die Dezentralisation denkt und wie Bayern, Württemberg, Baden und andere Länder, die von einem Einheitsstaat nichts wissen wollen, für ihn gewonnen werden sollen. Dies Ergebnis einer großen Ansprache kann man nur als kläglich bezeichnen, und es wird auch dadurch nicht anders, daß der Parteitag in einer weiteren Entschlüsselement die Übernahme der Justizverwaltung der Länder in die Reichsverwaltung fordert. Diese Forderung ist zwar durchaus vernünftig, aber sie ist nicht neu. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß sich gegen ihre Verwirklichung starker Widerstand in Süddeutschland erheben wird. Kein Wunder ist es, Forderungen aufzustellen; wer aber nicht gleichzeitig den Weg zu ihrer Erfüllung zeigen kann, tut besser daran, sich in Zurückhaltung zu üben. Es handelt sich nämlich bei allen diesen Forderungen um Verfassungsänderungen, die bekanntlich Zweidrittelmehrheiten im Reichstag und Reichsrat erfordern.

Die österreichischen Wahlen.

Die absolute Mehrheit bleibt bei der Einheitsliste.

Wien, 25. April. Nach offizieller Zählung ergeben sich folgende Gesamtziffern des Nationalrates: Einheitsliste 86 (gegen 82 Christlich-Soziale und 10 Großdeutsche 1923), Sozialdemokraten 70 (68), Landbund 9 (5).

Die Sozialdemokraten sowie der Landbund werden also im neuen Nationalrat mehr Sitz haben als früher. Dieser Zuwachs geht auf Kosten der Christlich-Sozialen, da die Großdeutschen innerhalb der Einheitsliste ihren Bestand behaupteten. Gegenüber der verstärkten Opposition wird die absolute Majorität aber bei der Einheitsliste bleiben, welcher zudem der Landbund als bürgerliche Partei nahesteht.

Von den kleineren Parteien vermochte keine einen Sitz zu erringen, auch nicht der Ueberbund. Dieser wird jedoch in den ersten Landtag mit zwei Vertretern ein, sie verschwinden also spurlos vom parlamentarischen Schauplatz.

Das Ergebnis in Wien.

Wien, 24. April. Von den 45 Mandaten für den Nationalrat, die heute zur Befragung gelangten, entfielen im ersten Verfahren auf die Sozialdemokraten 29 Mandate, auf die Christlich-Sozialen 15 Mandate; ein Rest in einem Mandat aus dem sechsten Wahlgang war Wien durch 27 Sozialdemokraten, 16 Christlich-Soziale und 2 Großdeutsche vertreten. Endgültige Zusammensetzung des Gemeinderats: 78 Sozialdemokraten, 42 Mitglieder der Einheitsliste, davon 40 Christlich-Soziale und zwei Großdeutsche. Gegen 1923 bleibt der Bestand für die Sozialdemokratie unverändert.

Wiener Neuplatz, 24. April. Bei den Wahlen zum Gemeinderat, in dem die Zahl der Sitze von 50 auf 45 vermindert wird, erhielten die Sozialdemokraten 29 Mandate (bisher 34), die Einheitsliste 15 (bisher 15). Die Kommunisten verloren ihr einziges Mandat an die Nationalsozialisten.

Resultate der Landtagswahlen.

Wien, 25. April. Gleichzeitig mit den Nationalratswahlen fanden Landtagswahlen in folgenden Ländern statt: Niederösterreich, Steiermark, Kärnten, Burgenland und Stadt Wien. Außer den bereits gemeldeten Wiener Ergebnissen liegen folgende vor: Niederösterreich: Einheitsliste 33, Sozialdemokraten 21, Landbund 1 (bisher Christlich-Soziale 36, Sozialdemokraten 22, Landbund 2).

Kärnten: Christlich-Soziale 11, Sozialdemokraten 16, Landbund 12, Nationalsozialisten 1, Slowenen 2 (bisher Christlich-Soziale 9, Sozialdemokraten 15, Landbund 10, Nationalsozialisten 1, Slowenen 2).

Im Burgenland: Einheitsliste 14, Sozialdemokraten 13, Landbund 5 Mandate.

Der Steirische Landtag, dessen Mitgliederzahl von 70 auf 56 herabgesetzt worden ist, wird folgende Zusammensetzung haben: Einheitsliste 24, Sozialdemokraten 20, Landbund 10, Ueberbund 2 Mandate.

Der abgeklagene sozialistische Ansturm.

Von unserer Berliner Redaktion.
Berlin, 25. April. (Eig. Draht.)
Die Hoffnungen der Sozialdemokratie auf Eroberung der Majorität im Parlament haben sich nicht erfüllt. Ihre Gegner haben durch eine Wahlbeteiligung, die jeden bisher bekannten Prozentsatz übersteigt und in manchen Bezirken sogar 100 Prozent erreichte, den Ansturm der Sozialdemokraten abgeklagt. Dagegen ist es dem Vord der bürgerlichen Partei diesmal nicht gelungen, die sozialdemokratische Vorherrschaft im Wiener Gemeinderat, der zugleich Landtag des Landes Wien ist, zu brechen. Andererseits sind auch

Dem demokratischen Parteitag war auch ein Agrarprogramm vorgelegt worden, weil man nach der Bildung der Deutschen Bauernschaft auf Wahlstimmen aus bäuerlichen Kreisen spekuliert. Neue Offenbarungen enthält das Programm nicht. Es zeichnet sich lediglich durch eine Spitze gegen den Großgrundbesitz aus. Im übrigen veranlaßt es den früheren oldenburgischen Ministerpräsidenten Tangen, der von Hause aus Landwirt ist, zu der Bemerkung, das Streben müsse zwar dahingehen, die Fülle in ganz Europa abzubauen, aber man könne die Fülle nicht für Deutschland allein lösen. Die Demokraten sind als Freihändler grundsätzlich gegen die Schutzzölle, die Landwirte in ihren Reihen sind jedoch, wie man sieht, anderer Meinung. Das Agrarprogramm lagte überdies auch dem früheren preussischen Landwirtschaftsminister Wendorf, der ebenfalls von Hause aus Landwirt ist, keineswegs ganz zu. Er nannte

es ein einseitiges Standesprogramm und forderte seine Rückverweisung an den Ausschuss.
Schließlich hat dann noch die Kulturpolitik auf dem Parteitag eine Rolle gespielt. Es hat sich dabei gezeigt, daß die Demokraten nicht willens sind, den Katholiken eine ihnen genehme Regelung ihrer kirchlichen Verhältnisse zu gewähren, die den Evangelischen in Preußen, Bayern und anderen Ländern längst gewährt worden ist. In einer einstimmig angenommenen Entschlüsselement wird die Ablehnung jeden Konkordats zum Ausdruck gebracht. Die Verständigung über die Beziehungen zwischen Staat und Kirche soll durch ein Reichsgezet erfolgen. Jede Konkordatsvereinbarung wird als für die Partei unannehmbar bezeichnet, selbst dann, wenn sie nur eine Bestätigung der Verfassungsbestimmungen enthält, weil jede solche Vereinbarung mit der Hoheit des Staates über das Bildungswesen unvereinbar ist und den konfessionellen Frieden gefährdet. Das sind Phrasen. Inwiefern ist denn der konfessionelle Friede durch das preussische Konkordat von 1821 gefährdet worden? Etwa dadurch, daß dem Staate eine Mitwirkung bei der Wilschwahl zugestanden wurde? Die Entschlüsselement geht, das muß beachtet werden, weiter als alle bisherigen demokratischen Äußerungen zur Konkordatsfrage. In diesen wurde nur ein Konkordat, das auch die Schule einschloß, abgelehnt, der Hamburger Parteitag dagegen lehnt jede Vereinbarung mit dem Papst ab. Es muß darauf hingewiesen werden, daß diese Entschlüsselement der parlamentarischen Lage in Preußen nicht förderlich ist. Denn in Preußen sind die Demokraten Regierungspartei, ein ihnen nahestehender Kultusminister verhandelt seit längerer Zeit schon mit dem Vertreter des Papstes, Runtius Pacelli, über den Abschluß eines Konkordats und diese Verhandlungen sind bereits ziemlich weit gediehen. Das Zentrum fordert das Konkordat. Zieht die demokratische Landtagsfraktion aus dem Hamburger Parteibeschluß die Konsequenz, es zu vereiteln, so provoziert sie damit Schwierigkeiten, die auf die Koalition nicht ohne Einfluß bleiben können. Die Ablehnung einer Vereinbarung zwischen Staat und Kirche, die die kirchlichen Verhältnisse in Preußen regelt, möchte der katholische Volksteil in Preußen als eine bewusste Unfreundlichkeit betrachten, und die Zentrumsfaktion, die die bürgerliche Aufgabe hat, sich der Interessen der preussischen Katholiken anzunehmen, würde eine solche Haltung der Demokraten nicht ruhig hinnehmen können. Darüber möge man sich in dieser Partei keinem Zweifel hingeben.

Außer zur Konkordatsfrage nimmt die Kulturpolitische Entschlüsselement des demokratischen Parteitags auch zum Reichsschulgesetz Stellung, indem sie die „dauernde Sicherung der Simultanschule“ fordert und die Gegnerschaft gegen die konfessionelle Volksschule dadurch unterstreicht, daß als Grundbedingung der Verhütung einer der Leistungen der Volksschule herabsetzenden Zersplitterung der Schulorganisation formuliert wird. Das Zentrum will jedem das Seine geben, wie es die Reichsverfassung bestimmt. Die Intoleranz der Demokraten wird die Zentrumspartei nicht zur Änderung ihres Standpunktes veranlassen. Sie spielen ja jetzt im Reichstag sowieso nur eine untergeordnete Rolle. Nur ist die Gefahr vorhanden, daß die Deutsche Volkspartei sich durch die Demokraten beeinflussen läßt. Sprach doch Dr. Koch in Hamburg in seinem Schlusswort die Hoffnung aus, daß die beiden liberalen Parteien in den Kulturfragen kameradschaftlich zusammenstehen würden.

Damit ist das Wesentliche aus den Verhandlungen des demokratischen Parteitags herausgeholt. Wir haben nicht den Eindruck, daß von ihm für das Schicksal der Partei ein großer Schwung ausgegangen ist. Wohl aber ist festzustellen, daß seine Formulierungen Gefahrenmomente namentlich für die bestehenden parlamentarischen Verhältnisse in Preußen enthalten, die den Willen des Zentrums, seine Machtstellung nicht zu einer Veränderung der preussischen Koalition zu benutzen, unstimmen könnten. Zunächst wird es natürlich in Ruhe abwarten, in welcher Weise die kulturpolitische Entschlüsselement von Hamburg auf die preussischen Demokraten abfallen wird.

Wiener Pressestimmen.

Wien, 2. April. Während die „Arbeiterzeitung“ das Ergebnis der Nationalratswahlen als einen Sieg der Sozialdemokratie feiert, betont die christlich-sozialen „Reichspost“, der Ansturm der Sozialdemokraten sei abgeklagt. Auch die großdeutschen „Wiener Neuesten Nachrichten“ erklären, die Volksabstimmung sei gegen die Sozialdemokratie ausgefallen. Alle bürgerlichen Blätter, die nicht die Parteien der Einheitsliste vertreten, weisen darauf hin, daß eine wesentliche Minderung der Opposition nach Aufstellung der Reichstimmenergebnisse zu erwarten sei und daß der Gewinn der Sozialdemokraten höchstens drei bis vier Mandate betragen werde. Die „Neue Freie Presse“ stellt fest, daß keine Partei Anlaß zum Rücktritt der Regierungsmehrheit bestünde und schreibt, die Rinde in Österreich erlitt eine der schwersten Enttäuschungen.

50 Stimmungen in Wien.

Wien, 24. April. Zum Verlauf des Wahltages meidet die Volkskorrespondenz, daß sie in der Stadt zwar keine nennenswerten Zwischenfälle registriert hätten, insgesamt aber 50 Personen von der Ordnung festgenommen, aber nach Feststellung der Verhältnisse sowie des Tatbestandes wieder entlassen worden seien.

es ein einseitiges Standesprogramm und forderte seine Rückverweisung an den Ausschuss.

Schließlich hat dann noch die Kulturpolitik auf dem Parteitag eine Rolle gespielt. Es hat sich dabei gezeigt, daß die Demokraten nicht willens sind, den Katholiken eine ihnen genehme Regelung ihrer kirchlichen Verhältnisse zu gewähren, die den Evangelischen in Preußen, Bayern und anderen Ländern längst gewährt worden ist. In einer einstimmig angenommenen Entschlüsselement wird die Ablehnung jeden Konkordats zum Ausdruck gebracht. Die Verständigung über die Beziehungen zwischen Staat und Kirche soll durch ein Reichsgezet erfolgen. Jede Konkordatsvereinbarung wird als für die Partei unannehmbar bezeichnet, selbst dann, wenn sie nur eine Bestätigung der Verfassungsbestimmungen enthält, weil jede solche Vereinbarung mit der Hoheit des Staates über das Bildungswesen unvereinbar ist und den konfessionellen Frieden gefährdet. Das sind Phrasen. Inwiefern ist denn der konfessionelle Friede durch das preussische Konkordat von 1821 gefährdet worden? Etwa dadurch, daß dem Staate eine Mitwirkung bei der Wilschwahl zugestanden wurde? Die Entschlüsselement geht, das muß beachtet werden, weiter als alle bisherigen demokratischen Äußerungen zur Konkordatsfrage. In diesen wurde nur ein Konkordat, das auch die Schule einschloß, abgelehnt, der Hamburger Parteitag dagegen lehnt jede Vereinbarung mit dem Papst ab. Es muß darauf hingewiesen werden, daß diese Entschlüsselement der parlamentarischen Lage in Preußen nicht förderlich ist. Denn in Preußen sind die Demokraten Regierungspartei, ein ihnen nahestehender Kultusminister verhandelt seit längerer Zeit schon mit dem Vertreter des Papstes, Runtius Pacelli, über den Abschluß eines Konkordats und diese Verhandlungen sind bereits ziemlich weit gediehen. Das Zentrum fordert das Konkordat. Zieht die demokratische Landtagsfraktion aus dem Hamburger Parteibeschluß die Konsequenz, es zu vereiteln, so provoziert sie damit Schwierigkeiten, die auf die Koalition nicht ohne Einfluß bleiben können. Die Ablehnung einer Vereinbarung zwischen Staat und Kirche, die die kirchlichen Verhältnisse in Preußen regelt, möchte der katholische Volksteil in Preußen als eine bewusste Unfreundlichkeit betrachten, und die Zentrumsfaktion, die die bürgerliche Aufgabe hat, sich der Interessen der preussischen Katholiken anzunehmen, würde eine solche Haltung der Demokraten nicht ruhig hinnehmen können. Darüber möge man sich in dieser Partei keinem Zweifel hingeben.

Außer zur Konkordatsfrage nimmt die Kulturpolitische Entschlüsselement des demokratischen Parteitags auch zum Reichsschulgesetz Stellung, indem sie die „dauernde Sicherung der Simultanschule“ fordert und die Gegnerschaft gegen die konfessionelle Volksschule dadurch unterstreicht, daß als Grundbedingung der Verhütung einer der Leistungen der Volksschule herabsetzenden Zersplitterung der Schulorganisation formuliert wird. Das Zentrum will jedem das Seine geben, wie es die Reichsverfassung bestimmt. Die Intoleranz der Demokraten wird die Zentrumspartei nicht zur Änderung ihres Standpunktes veranlassen. Sie spielen ja jetzt im Reichstag sowieso nur eine untergeordnete Rolle. Nur ist die Gefahr vorhanden, daß die Deutsche Volkspartei sich durch die Demokraten beeinflussen läßt. Sprach doch Dr. Koch in Hamburg in seinem Schlusswort die Hoffnung aus, daß die beiden liberalen Parteien in den Kulturfragen kameradschaftlich zusammenstehen würden.

Damit ist das Wesentliche aus den Verhandlungen des demokratischen Parteitags herausgeholt. Wir haben nicht den Eindruck, daß von ihm für das Schicksal der Partei ein großer Schwung ausgegangen ist. Wohl aber ist festzustellen, daß seine Formulierungen Gefahrenmomente namentlich für die bestehenden parlamentarischen Verhältnisse in Preußen enthalten, die den Willen des Zentrums, seine Machtstellung nicht zu einer Veränderung der preussischen Koalition zu benutzen, unstimmen könnten. Zunächst wird es natürlich in Ruhe abwarten, in welcher Weise die kulturpolitische Entschlüsselement von Hamburg auf die preussischen Demokraten abfallen wird.

Zentrum und evangelisch-kirchliche Belange.

Der Marburger Theologe Martin Rabe tritt in die Zentrumspartei ein.

Der in der Öffentlichkeit bestens bekannte Professor Martin Rabe, Mitglied der evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Marburg, beantwortet in Nr. 8 der „Zeitschrift „Die christliche Welt“ vom 21. April u. a. die Frage, bei welcher politischen Partei die Republik am sichersten aufgehoben sei, folgendermaßen:

„Die Antwort heißt für mich: beim Zentrum. Denn nicht nur hat tatsächlich in der bisherigen Entwicklung fast 10 Jahre hindurch das Zentrum mit seiner Macht den ruhenden Pol bedeutet. Es ist zu schließen, daß es auf absehbare Zeit seine Macht wie seinen Kurs behaupten wird. Eine wirkliche Mittelpartei, die große Gegensätze umfaßt, erreicht — vermittelt — bald nach dieser, bald nach jener Richtung — immer die Volksgemeinschaft. Nach Herkunft und Ziel

geschlossene Eisenbahn
den um 6,35 Uhr c
geworfen. Der Boko
edoch war es bei de
llch, den Zug zum

Verlag: N. & N. Temming, Bocholt. Derselbe Schriftleitung Dr. B. Schmitz, Bocholt, für den deutschen Einzelneinzel Joh. Komplex, Bocholt.

im
Bocholler Volksblatt